

Beratung und Beschlussfassung über die Erhöhung des Zuschusses für die "Frauenberatung" und "Notruf Nordfriesland"

Federführender Fachbereich: Fachbereich Arbeit und Soziales	X öffentlich nicht öffentlich	Aktenzeichen: 3.52.3 Sachbearbeiter/in: Thomas Jensen Datum: 07.10.2019	
mitwirkende Fachbereiche: 1.11 / 3.52			
BERATUNGSFOLGE		DATUM	ERGEBNIS
Arbeits- und Sozialausschuss		01.10.2019	Siehe Erläuterung
Finanz- und Bauausschuss		24.10.2019	
Kreistag des Kreises Nordfriesland		08.11.2019	
Finanzielle/steuerrechtliche Auswirkungen Ja	Genderaspekt betroffen Nein	Stellenplanmäßige Auswirkungen Nein	

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt im Rahmen der Haushaltsberatungen, dem Antrag der „Frauenberatung und Notruf Nordfriesland“ auf Erhöhung von freiwilligen Leistungen um 2.447,- € (von 44.900,- € auf 47.400,- €) zuzustimmen.

Begründung:

Der Antrag ist hier am 12.08.2019 eingegangen – siehe Anlage.

Die Kostensteigerung orientiert sich an den 2018 getroffenen Tarifabschlüssen im Öffentlichen Dienst. Zusätzliche Kosten entstehen durch die Anmietung eines weiteren barrierefreien Gruppenraumes, angrenzend an die bisherigen Beratungsräume in Husum. Dieser ermöglicht nunmehr erstmalig auch Rollstuhlfahrerinnen einen ungehinderten Zugang zu den Räumlichkeiten der Beratungsstelle. Weiterhin eignet er sich für Gruppen- und Gremienarbeit. Vor dem Hintergrund haben die öffentlichen Stellen wie Stadt und Amt in 2019 eine erhöhte Förderung im gleichen Verhältnis ebenfalls zugesagt.

Die Frauenberatung und Notruf Nordfriesland bietet seit Jahren eine qualifizierte, unbürokratische und vertrauliche Beratung und Unterstützung für Frauen (und deren Kinder) an, beraten private und professionelle Unterstützerinnen der Betroffenen, leisten Fachberatung, Fachfortbildungen, Gremienarbeit, Öffentlichkeits- und Vernetzungsarbeit.

Die Erreichbarkeit der Beratungsstellen in Husum und Niebüll konnte bereits seit Mai 2017 um 16,5 Wochenstunden erweitert werden. Möglich wurde dieses durch eine auf drei Jahre befristete gesonderte Zuwendung des Landes. Diese honoriert u. a. vorübergehend entstandene und entstehende, erhöhte und besondere Bedarfe u. a. durch die Arbeit mit geflüchteten Frauen und deren Unterstützerinnen. Neben einer Erweiterung der Präsenz in Husum und Niebüll ist somit auch die Einrichtung von zunächst monatlichen Außensprechstunden in Tönning und Westerland möglich. Die Frauenberatung und Notruf Nordfriesland ist nun an allen Wochentagen erreichbar.

Die drei Sozialpädagoginnen leisten die Arbeit mit insgesamt derzeit 86 Stunden für Nutzerinnen des gesamten Kreisgebietes und werden darin von einer Teamassistentin mit 16 Stunden im Büro unterstützt. Diese hält den Beraterinnen den Rücken frei durch die Erledigung von Buchhaltung, Verwaltung sowie erste Annahme der Anliegen der Nutzerinnen und verbessert damit zusätzlich die Erreichbarkeit.

Um das am 01.02.2018 in Deutschland in Kraft getretenen „Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt“ www.coe.int/conventionviolence umsetzen zu können, bedarf es einer Weiterentwicklung der Frauenberatung & Notruf, die voraussichtlich mit höheren Kosten verbunden sein wird.

Über die Erhöhung dieser freiwilligen Leistungen soll im Rahmen der Haushaltsberatungen zum Budget 0533 (Soziales) entschieden werden.

Ergänzung zur Ursprungsvorlage:

Durch ein Versehen wurden mit Vorlage 113/2019 dem Arbeits- und Sozialausschuss am 01.10.2019 Zahlen aus dem Antrag aus 2018 vorgelegt. Der Antrag 2019 wurde als Anlage beigefügt. Der Ausschuss folgte der Empfehlung der Verwaltung und stimmt dem Beschlussvorschlag wie folgt zu:

„Der Kreistag beschließt, dem Antrag der „Frauenberatung und Notruf Nordfriesland“ auf Erhöhung von freiwilligen Leistungen um 4.200,- € (von 40.700,- € auf 44.900,00 €) zuzustimmen. Die Mittel sind im Haushalt 2020 einzuplanen.“ Dadurch wurde eine Erhöhung von 4.200 € empfohlen.

Die für 2020 beantragte Erhöhung beläuft sich allerdings nur auf rd. 2.500 €. Um noch eine Beschlussfassung im November-Kreistag zu ermöglichen, schlägt die Verwaltung vor, den Beschlussvorschlag an den tatsächlichen Antrag für das HH-Jahr 2020 anzugleichen. Der Arbeits- und Sozialausschuss hatte dem Grunde die Erhöhung (hier um 4.200,- €) befürwortet. Die Mitglieder des Ausschusses werden per Mail über die Hintergründe informiert.

Dieter Harrsen
Landrat